

# Danziger Zeitung.

M 12807.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preise oder deren Raum 20 J. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt An-

# Beitung.

1881.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

Petersburg, 27. Mai. Die „Agence Russ“ bespricht die Verhandlungen im englischen Unterhause über die Judenheken in Russland und erklärt, die russische Regierung bedürfe keiner Ernahmungen von außen, um ihre Pflicht zu erfüllen. Die Entsendung von Truppen zum Schutz der jüdischen Bevölkerung, die von den Lokalbehörden zu Gunsten der jüdischen Einwohner getroffenen Maßregeln und die Worte des Kaisers gegenüber der Judentudeputation hätten bewiesen, daß in Russland alle Bürger ohne Unterschied der Rasse und der Religion des gleichen Schutzes genügen. — Die „Agence Russ“ bezeichnet es ferner als unrichtig, daß Onbril den Auftrag erhalten habe, in Wien wegen der Kleinrussen in Galizien vorstellig zu werden, ebenso sei es auch unrichtig, daß Kalnoki wegen des Zustroms der Juden aus Russland nach Österreich Vorstellungen gemacht habe. — Es heißt, der Reichskanzler Fürst Goritschakoff werde nächsten Donnerstag hier eintreffen. — Nach den hier vorliegenden Nachrichten sollen die Mitglieder der militärischen Commission der Mächte zur Überwachung der Ausführung der griechisch-türkischen Grenzconvention Ende Juni ernannt werden. Die Vertreter der Mächte in Athen haben der griechischen Regierung die Aufforderung zugestellt, den griechischen Gesandten in Konstantinopel zu autorisieren, die Convention zu unterzeichnen. Man erwartet allgemein eine befriedigende Lösung der Frage.

Nach Schluss der Redaction eingegangen.

Berlin, 27. Mai. Im Reichstage erklärt der Abg. Möller als erster Redner, daß der Vertrag mit Hamburg gestern abgeschlossen sei. Der Bundesrathstisch war leer. Da keine offizielle Mitteilung gemacht wurde, so ist die ursprüngliche Absicht, die Verhandlung des Reichstags zu vertagen, aufgegeben.

Berlin, 27. Mai. In hiesigen Reichstagskreisen wird bestimmt versichert, daß der Hamburger Senat den Präliminarvertrag wegen des Vollauschlusses mit acht gegen zwei Stimmen angenommen habe und daß die offizielle Mitteilung an die Hamburger Bürgerschaft heute bevorstehe.

## Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Paris, 26. Mai. Gambetta ist in Cahors fortgefahren der Gegenstand lebhafter Opposition seitens der aus den Landorten und aus benachbarten Departements zusammengetriebenen Menge und hat eine große Anzahl von Deputationen empfangen. Nächsten Sonnabend findet Gambetta zu Ehren ein großes Banket statt, bei welchem derselbe, wie es heißt, eine politische Rede halten wird. — Nachrichten aus Tunis zufolge werden die unter dem General Bréard stehenden Truppen Djebelba, des dortigen schlechten Trinkwassers wegen, verlassen und Manouba als Standort erhalten.

Petersburg, 26. Mai. Das „Journal de St. Petersburg“ veröffentlicht ein Communiqué, in welchem es heißt: Gewisse Zeitungen gefallen sich in der Behauptung, daß die russische Reichsbank den Wechselkurs durch Gold-Banket halte. Wir sind in der Lage, zu behaupten, daß dem durchaus nicht so ist.

Richtig ist, daß die Reichsbank Gold verkaufe;

dieses stammt indes aus Zolleinnahmen, welche nicht

zur Vermehrung des Baarvorrats der Bank,

sondern für die Deckung der Bedürfnisse des Reiches bestimmt sind. Da der Reichskanzler aber im Auslande genügend Summen in fliegender Münze zur Disposition hat, um die in dem laufenden Jahre und noch darüber hinaus fälligen Coupons einzuhölen, so konnten die Zolleinnahmen in Metall keine nützlichere und zweckentsprechendere Verwendung finden, als indem sie zur Einlösung von Creditbillets verwendet wurden. Die Frage des Wechselcourses ist dieser einfachen Kassenoperation ganz fremd. — Der Mitteilung des Correspondenten der „Daily News“ gegenüber, nach welcher hiesige Banquiers und andere Geschäftsmänner ihre Geschäfte liquidieren wollten, theils aus Besorgnis für den russischen Credit im Auslande, theils wegen der unruhigen Lage im Innern, schreibt das „Journal de St. Petersburg“: Wenn man auch an alle möglichen Verirrungen der Einbildungskraft und der Feder dieses Vertreters der Presse gewöhnt sei, so habe er doch diesmal all bisherigen Grenzen überschritten. Ledermann hier wisse, daß jene Nachricht einfach absurd und Unsin sei. Den „Daily News“ sei zu empfehlen, die Phantasie ihres Correspondenten etwas zu überwachen.

Athen, 25. Mai. Die Meldung von der demnächst bevorstehenden Einberufung der Kammer wird für unbegründet erklärt. Man glaubt, daß die Einberufung der Kammer erst nach dem Einrücken der griechischen Truppen in Thessalien erfolgen werde. Wie verlautet, soll Gennadius wieder zum Geschäftsträger in London ernannt werden.

Konstantinopel, 26. Mai. Die Pforte hat das englische Comité der türkischen Botschafter aufgefordert, unverzüglich einen Delegierten hierher zu senden, damit ein finanzielles Arrangement auf der Grundlage der unter dem 25. Oktober v. J. von der Pforte erlassenen Note getroffen werden könne.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 27. Mai. Die vorgebrachte wunderbare, durch den Mund des Ministers v. Bötticher abgegebene Erklärung im Reichstag, welche die „Würde“ des Bundesrathes gegenüber dem Antrag Richter wahren sollte, möchte wohl sehr ernst gemeint sein; in Reichstagskreisen war jedoch der komische Einbruck überwiegen. Die Uebereinstimmung der Motive der Bundesrathserklärung mit einem Artikel der „N.

A. J.“, der noch nicht einmal den Antrag Richter, sondern sogar den ursprünglichen Antrag Delbrück als „bedeutend revolutionär“ bezeichnete, trug dazu das Seinige bei. Im Reichstage erinnerte man sich unwillkürlich des Wortes Wagner's im Goetheschen Faust, „denn eben wo Begriffe fehlen, da steht ein Wort zur rechten Zeit sich ein.“ Das Wort vom der Würde des Bundesrathes soll, wie man meint, die fehlenden Gründe erlegen. Über den Effect der pathetischen Scene wird den Reichskanzler das schallende Gelächter belehrt haben, welches den Abgang des Staatsminister v. Bötticher begleitete, als er seine Papiere einpackte und den Saal verließ. Der Bundesrat hatte seinem stellvertretenden Vorsitzenden die beneidenswerthe Rolle allein überlassen. Am Bundesrathstisch war schon vorher Niemand anwesend, während Besucher des Büffets, die von den Vorgängen im Innern des Saals nichts wußten, überrascht waren, an dieser Stelle die sonst so seltenen Mitglieder des Bundesrathes so zahlreich dem Bedürfnis leiblicher Stärkung nachgehen zu sehen. Dagegen tauchten bei der weiteren Verhandlung in der Diplomatologe Figuren auf, die sonst den Bundesrathstisch zu schmücken pflegten. Zu erneuter Heiterkeit reizte, daß Geheimrat Weymann aus dem Reichsamte des Innern, der nichts Böses ahnend, nach dem Abgang des Herrn v. Bötticher auf seinem Platz zurückgeblieben war, durch einen Dienen des Hauses abgerufen wurde. Nun mehr war erst die vorschristmäßige Ode am Bundesrathstisch vollständig. Allem Anschein nach hatte der Reichskanzler ursprünglich die Absicht gehabt, selbst im Hause zu erscheinen, um die Würde des Bundesrathes zu retten. Wenigstens hatte er sich zu einer früheren Stunde anmelden lassen, blieb aber, da die Berathung des Antrages Barnbüler sich so lange hingezogen, aus. Die Erklärung, welche hr. v. Bötticher nicht abgab, sondern verlas, war, wie die bekannte Rommel'sche Erklärung im Herrenhaus, von der eigenen Hand des Reichskanzlers, was um so auffälliger erscheint, als dieselbe im Namen und im Antrage der verbündeten Regierungen abgegeben wurde, und das seit doch eine geschäftsmäßige Behandlung der Angelegenheit voraus. Daß die Conservativen, welche in Privatgesprächen in ihrem Urtheil über die Methode des Reichskanzlers sich mindestens nicht milder ausdrücken als der Antrag Richter, die Erklärung Bötticher's mit lautem Bravo begleiteten, läßt erkennen, daß es im Reichstage wenigstens an einem Grundstock für eine „disciplinare Majorität“ nicht fehlt. Wenn etwas geeignet ist, über die tactischen Fehler zu törichten, welche die Parteien des Hauses in dieser Sache begangen haben, so ist es der Umstand, daß der Bundesrat es verstanden hat, sich in eine noch schäferre Lage zu bringen und dadurch die Stellung des Reichstags zu verbessern. Vielleicht darf man das Schweigen der „N. A. Jtg.“ über diesen Vorgang als Symptom dafür ansehen, daß man sich auch anderwärts diesem Eindruck nicht verschliebt. Wenn das Ergebnis der weiteren Berathung, wie fast wahr-scheinlich, die Annahme des Antrags Windthorst sein sollte, auf dessen Motivierung man gespannt sein darf, so würde der Bundesrat keinen Anlaß haben, sich als Sieger zu fühlen. Seine „Würde“ hat er freilich auf alle Fälle gerettet.

Die Erklärung des Herrn v. Bötticher wäre sicher nicht in einer so schroffen Form erfolgt, wenn man nicht schon Hamburg in der Tasche gehabt hätte. Man sagt, eine „Präliminar-Convention“, welche den Zollanschluß ausspricht, sei bereits abgeschlossen. Dieselbe muß außer der Zustimmung des Senats noch die der Hamburger Bürgerschaft erhalten; dort wird wohl noch einiger Lärm gemacht werden; aber an der schließlich Zustimmung wird kaum gezweifelt. Die Kenntniß der Neigungen in den leitenden Hamburger Kreisen wirkte schon seit lange auf diejenigen Kreise im Reichstage vielseitig auch im Bundesrat ein, die sonst zu entschiedenerer Unterstützung der unzweifelhaftsten verfassungsmäßigen Rechte Hamburgs bereit gewesen waren.

Die „Nordb. Allg. Jtg.“ widmet der Rede des Abg. Richter in Chemnitz einen ganzen Leitartikel. Obgleich die Abg. Richter, v. Saucken-Tarpuschen und Andere die Parole „gegen Bismarck“ ausdrücklich abgelehnt haben, so wärmt die „Nordb. Allg. Jtg.“ das alte Märchen doch noch einmal auf. Diese offiziöse Presse ist eben durch die öffentlichen Thatsachen von ihren falschen Behauptungen nicht abzubringen. Im Übrigen empfiehlt die „Nordb. Allg. Jtg.“ den Conservativen die Parole: „für Bismarck“, denn diese bedeutet: „für seine Steuer- und Wirtschaftsreform“. Sehr eilig scheinen es die Conservativen mit der Annahme derselben nicht zu haben, sonst hätten sie doch die Wehrsteuer und ein Theil von ihnen die Brauosteuer nicht ablehnen können!

Am Dienstag haben in Dänemark die Neuwahlen für das Folketing stattgefunden. Nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten sind  $\frac{4}{5}$  der Mitglieder der aufgelösten Vertretung wiedergewählt. Das Verhältniß der Parteien ist also nicht verändert; die Opposition verfügt wiederum über  $\frac{2}{3}$  der Stimmen, und an eine Verständigung mit der Regierung über das Budget ist wieder nicht zu denken. Entweder muß also die Regierung nachgeben oder von Neuem aufzulösen.

In Italien wird man, jetzt wieder die Bildung eines Kabinetts aus der Linke versuchen. Es wird folgende Liste als wahrscheinlich gemeldet: Depretis Präsidium und Innernes, Mancini Neuheres,

Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettwagnergasse Nr. 4, ab Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Zeitzeile 10 Pfennige pro Zeile. — Anträge auf alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

ganz genau. Die Folge davon ist ein rapides Zuströmen in diese Städte und eine bedeutende Vermehrung ihres Armenetats. Ein großer Liebelstand des gegenwärtigen Systems ist die provisorische Verpflegung. Entweder steht der Gemeinde ein Regress gegen eine andere zu, dann macht sie sich ein gewisses Vergnügen, dierente zu erhalten, oder sie werden schlecht ernährt. Die Armegegenbung erscheint allen revisionsbedürftig, aber die Ansichten in dieser Beziehung gehen auseinander. Die einen wollen die Unterstützungsfrist verlängern, die andern sie verlängern. Ich sehe nun dem Antrag Gerwig viel näher als dem Antrag Stolberg, aber beide gemahnen seine Abbisse, weil sie das Vacuum übrig lassen, daß ein Mensch eine Welt lang nirgends eine Heimat hat. Was nun das Heimathsrecht in seiner Beziehung zur Freizügigkeit betrifft, so gewinnt jemand an einem andern Ort kommt, so wird er mit Waffen angesehen, hat er aber ein Heimathsrecht, so hat er seinen Heimathsteck bei sich, und wenn er sich dadurch bezüglich seiner Heimat legitimiert, so findet er eine viel willommene Aufnahme. Redner geht dann auf die einzelnen Punkte seines Antrages ein und schließt: Das Hauptmittel gegen das Bagantentum ist, die Armenpflege auf eine Weise zu lenken, daß die Leute nicht Baganten werden müssen. Der Schwerpunkt der Armenpflege liegt in der Nachtmutter, der höchsten Pflicht, die uns allen obliegt und die wir ausüben müssen, wenn wir nicht die von den unteren Klassen gegen uns erhobenen Beschwerden verschärfen wollen. Verlängern Sie dem Armen dasjenige nicht, worin wir unser Glück finden. (Besfall rechts.)

Graf Udo zu Stolberg: Die wirtschaftliche und soziale Reform, welche wir in Angriff genommen haben, wird, wenn dieselbe zum Abschluß kommt, die Verhältnisse in vielen Beziehungen erheblich geändert haben, so daß auch die Frage des Unterstützungswohnstifts dann auf einer ganz anderen Basis zu regeln ist. Nach meiner Überzeugung ist der Antrag des Abg. v. Barnbüler nicht geeignet, den auf diesem Gebiete bestehenden Liebelständen abzuholen. Die Frage, um die es sich handelt, ist eine volkswirtschaftliche. Die Errichtung jedes Individiums bis zu seiner eigenen Erwerbsfähigkeit, kostet Geld. Nun nehmen Sie an, es wird Demand in A. geboren und kostet dieser Gemeinde 1000 Thaler. So bald er erwerbsfähig geworden ist, geht er nach B., wo er seine Arbeitskraft verbraucht, und wird dann als unterstützungsbefähigt nach A. zurückgebracht. Welche Unge rechtigkeit liegt in diesem Verhältnis? Dieselbe würde annähernd ausgeglichen werden, wenn ungefähr eben so viele Menschen in erwerbsfähigem Alter von A. wegziehen, wie aus andern Orten wieder dorthin kommen. Dies ist aber keineswegs der Fall. Die Verhältnisse in den einzelnen Bezirken sind wesentlich von einander verschieden. In den landwirtschaftlichen Districten werden mehr Menschen produziert als consumirt; sie leben sich in großen Mengen nach den Centren der Industrie, um ihre Arbeitskraft zu verwerthen, und deshalb werden hier ungeheure Zahl mehr Menschen consumirt als produziert. Hieraus ergiebt sich, daß das Prinzip, die Wicht zur Unterstützung der Erwerbsunfähigen dem Geburtsort anzufordern, ein durchaus falsches ist. Am richtigsten würde es sein, die Unterstützungspflicht dem Wohnort aufzuerufen, wo der Sitz der Tätigkeit des Betreibenden ist, da sich dies praktisch aber nicht durchführen läßt, so hat das Gesetz von 1870 ein Compromiss geschaffen, indem es bestimmt, daß durch einen zweijährigen Aufenthalt der Unterstützungswohnstift erworben wird. Wenn dieses Compromiss erschöpft werden soll, so muss die Revision in dem Sinne gelingen, daß dem Liebelstande der Heimathslosigkeit möglichst abgeholfen wird. Ich glaube dies dadurch am besten zu erreichen, daß wir die Erwerbung eines neuen Heimathsrechtes thunlichst erleichtern, und deshalb beantrage ich, daß, wenn im Interesse der ländlichen Gemeinden der Verlust des Unterstützungswohnstifts schon durch eine zweijährige Abwesenheit erworben wird; 3) Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstüzungspflichtig in dieser Beziehung gleich der Unterstützungswohnstift ist. 5) Jeder Deutsche kann unter den durch Rechtsgebot festzustellenden Bedingungen die Aufnahme in das Heimathrecht seines Aufenthaltsortes. 3) Hat der Unterstützungsbedürftige weder Heimathrecht noch Unterstützungswohnstift, dann tritt als unterstützungsbefähigt der Landarmenverband ein nach Maßgabe des Gesetzes vom 6. Juni 1870. 4) Der einmal begründete Pflicht eines Heimathsrechtes geht nur verloren: a. durch Erwerbung eines anderen mittelst Aufnahme, b. bei Frauen durch Verehelichung, c. durch Auswanderung. Dem Heimathsrecht steht in dieser Beziehung gleich der Unterstützungswohnstift. 5) Jeder Deutsche kann unter den durch Rechtsgebot festzustellenden Bedingungen die Aufnahme in das Heimathrecht seines Aufenthaltsortes. 6) Unter denselben Voraussetzungen kann der Landarm (Unterstützungswohnstift) die Aufnahme eines, in einem andern Ort wohnbaren Heimathangehörigen verlangen. 7) Der Unterstützungspflichtige hat die Pflicht, den Unterstützungswohnstiftigen die Unterstützung auch außerhalb der Heimat (des Unterstützungswohnstifts) des Letzteren zu gewähren. 8) Die Art der Armenpflege steht in dieser Beziehung gleich der Unterstützungswohnstift. 9) Jeder Deutsche kann unter den durch Rechtsgebot festzustellenden Bedingungen die Aufnahme in das Heimathrecht seines Aufenthaltsortes. 10) Unter den Unterstützungswohnstiftigen die Aufnahme eines, in einem andern Ort wohnbaren Heimathangehörigen verlangen. 11) Der Unterstützungswohnstift ist dem Unterstützungswohnstift, der dem Aufenthaltsort des Unterstützungswohnstifts nicht mehr zu gewähren ist, durch eine zweijährige Abwesenheit entzogen. 12) Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 13) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 14) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 15) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 16) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 17) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 18) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 19) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 20) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 21) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 22) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 23) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 24) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 25) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 26) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 27) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 28) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 29) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 30) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 31) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 32) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 33) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 34) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 35) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 36) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 37) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 38) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 39) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 40) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 41) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 42) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 43) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 44) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 45) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 46) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 47) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 48) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 49) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 50) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 51) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 52) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 53) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 54) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 55) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 56) Der Abg. Streit, daß bei einem bestimmten Lebensalter (60 Jahre etwa) ein neuer Unterstützungswohnstift zur Kenntnisnahme berechtigt ist. 57) Der Ab

fürstungswohnsitz in einer Gemeinde zu erschleichen. Mit den Anträgen Kiefer und v. Schorlemers erklärte auch ich mich einverstanden, da ich gleichfalls eine möglichst sorgfältige Prüfung der Frage für dringend notwendig halte.

Abg. Kiefer: Ich erkenne an, daß unser bestehendes Gesetz viele Nachtheile hat, aber die Richtung, in der Barnbüler dieselben beseitigen will, habe ich für verfehlt. Die Einführung des betriebschen Systems würde bei uns auf den beobachteten Widerstand stoßen. Andererseits kann ich mich auch der Anschauung des Grafen Stolberg über Consumption und Production von Menschen nicht anschließen. Ich bin der Ansicht, daß die Gemeinde, wo ein Mensch geboren ist, doch ein gewisses Interesse daran hat, dafür zu sorgen, daß er sein Fortkommen findet und für den Fall der Erwerbsunfähigkeit unterstützt werde. Dieses System, die arbeitende Bevölkerung von einer Gemeinde immer zur anderen zu ziehen, um sie nirgend in den Besitz einer Berechtigung auf Unterstützung kommen zu lassen, ist eine Grausamkeit. Ich stelle mich deshalb im Allgemeinen auf den Standpunkt der Abg. Germig, und wünsche namentlich eine Verlängerung der Frist für den Verlust des Unterstützungswohnortes auf mindestens 6 Jahre.

Abg. Kiefer: Wenn wir nach dem Muster der Schweiz vermittelt den Referendum eine allgemeine Abstimmung über die vorliegende Frage herbeiführen, so würden sich die Boten von Nord- und Süddeutschland ohne Zweifel gegenstellen. Dieses Abstimmungsergebnis würde jedoch nur der Ausdruck einer allgemeinen Stimmung sein und nicht auf einer klaren Festsellung des tatsächlichen Materials beruhen. Ein solches würde man bis jetzt vergeblich suchen. Die große Frage, vor der Ste, wenn es sich um die Armenpflege handelt, immer stehen werden, ist die: wie soll ein Ausgleich gefunden werden zwischen den Vortheilen, die ein gewisser Ort oder ein weiterer Verband aus der Tätigkeit des Beamten geogen hat, und der Armenpflege selber? Durch eine bloße Veränderung der Erwerbs- bzw. Verlustzeit würde diese Frage nicht zum Ausdruck gebracht werden können; die Hauptaufgabe der Gesetzgebung der Befreiung dient vielmehr darin, die Staatsverpflichtung klar zu stellen. Nachdem einmal die Freiheit geprägt ist, hat das Heimathrecht einen sehr künftlichen Charakter; es trägt wieder alte, abgestorbene Anschauungen in unserer Zeit bereinigt. Mit solchen können Sie der Selbstverwaltung in den Gemeinden nicht aufhelfen. Jetzt den Osten in diese eingetreteten, von Alters her gewohnten Verhältnisse des Westens einstimmen, wäre lediglich eine willkürliche Art der Ordnung der Dinge, die nichts bestimmt würde. Nicht minder schreinende Fälle, wie Herr v. Barnbüler sie unter der Herrschaft des Unterstützungswohnortes hervorgehoben hat, könnte ich ihm vom Gebiete des Heimathrechts entgegenhalten. Solche vereinzelt Beschwerden können insofern nicht das Motiv zu einem wichtigen Akt der Gesetzgebung sein.

Abg. v. Schorlemers-Auf: Den Vorredner erwiedere ich, daß, nachdem der moderne Liberalismus abgewirtschaftet hat, uns nun doch nichts übrig bleibt, als zu den alten Verhältnissen zurückzuschreiten. (Herrlicher lins.) Das Richtige wäre, daß man den zu regulierenden Gesetzen gleich die Vr. an die Wurzel legt, also soviel an den Rechten herumzuschneiden. Das Freiheitstätigkeitsgesetz wird durch den Barnbüler'schen Antrag nicht berührt, wenngleich sich ein gewisser Kontakt nicht leugnen läßt. Meiner Überzeugung nach ist gerade dieses Gesetz vielmehr reformbedürftig, als das über den Unterstützungswohnort. Mein Antrag läßt die Veranstellung einer Enquête, wie sie der Vorredner will, nicht aus.

Nach Schluß der Debatte constatirte Abg. Ritter, daß seiner Partei die Gelegenheit benommen sei, ihren entgegengesetzten Standpunkt in dieser Frage zur Geltung zu bringen.

Abg. v. Marschall (als Mittragsteller): Im Ganzen seien mit diesem Gesetze sehr viele ungunstige, zufrieden eigentlich Niemand. Überweise man die sämtlichen Anträge der Reichsregierung zur näheren Erwägung, womöglich auch zur genauen Untersuchung, wie weit Missstände vorhanden seien und wie weit abgeholfen werden können. Es zweifle nicht daran, daß die Regierung am Schluß dieser Untersuchungen zu der Überzeugung gelangen werde, daß in der That das Gesetz, wie es heute besteht, ungültig ist. (Beifall)

Der Antrag Schorlemers-Auf wird angenommen. Es folgt die Beratung des Antrages des Abg. Richter-Karsten: Der Reichstag wolle beschließen: In Petition der im Bundesrat eingebrachten Anträge auf Einverleibung der Unterelbe in den Zollverein und Aufhebung des Hauptzollamtes in Hamburg zu erklären, daß es weder dem bundesstaatlichen Verhältnis, noch der Achtung vor dem geltenden Verfassungsrecht entspricht, wenn der Bundesrat Änderungen an den Börseninstitutionen vornehmen sollte lediglich zu dem Zweck, um einzelne Bundesstaaten in dem freien Gebrauche ihres verfassungsmäßigen Rechts zu behindern. Mit diesem Antrage gemeinsam wird der Antrag Ausfeld diskutiert: „zu erklären, die zur Zeit auf der Elbe bestehende Zollsgrenze nur durch Gesetz an eine unterhalb dieser Grenze gelegene Stelle verlegt werden kann.“

Hierzu liegen zwei Anträge vor: 1) vom Abg. Marschall für den Fall der Ablehnung des Antrages Richter-Karsten zu beschließen: „Angesichts der unmittelbaren Gefahr schwerer Einbußen und Schädigungen, welche die Aufhebung des kaiserlichen Hauptzollamtes in Hamburg und die Befreiung der dortigen Börsenverhinderung ohne entsprechenden gleichzeitigen Eratz nicht bloss für den Handel und Verkehr von Hamburg, sondern auch für die Handels- und Gewerbeinteressen des übrigen Deutschlands im Gefolge haben würde, spricht der Reichstag die Erwartung aus, daß der Bundesrat von dieser Maßregel bis zur Vereinbarung über den Anschluß an das deutsche Zollgebiet, beziehungsweise bis zur Durchführung dieser Vereinbarung Abstand nehmen werde.“ (Der Antrag ist mit unterstütz u. a. von den Abg. v. Bemmisch, Nörting, Wolffson, Gneißl u. s. m.) — 2) Vom Abg. v. Minnigerode und den Conservativen: „Ja Erwagung, daß es nicht der Stellung des Reichstages entspricht, den Versuch zu machen, durch ein Beschlussfassung seinerseits die Entschließungen des Bundesrates innerhalb der Zuständigkeit desselben zu beeinflussen, über den Antrag Richter-Karsten zur Tagesordnung überzugehen.“ — Im Laufe der Debatte geht folgender Antrag des Abg. Windhorst ein: „Der Reichstag sollte beschließen, den Reichsanzahlungen zu erlauben, in der Börsenhandlung der Schiffsschiff auf der Unterelbe in den zu Hamburg bestehenden Hauptzollämtern und in der Befreiung der Börsenverhinderung so lange eine Änderung des bestehenden Zustandes nicht einzutreten zu lassen, als nicht die zwischen der Reichsregierung und Hamburg schwedenden Verhandlungen über den Zollanschluß zu einem endgültigen Ergebnis geführt haben.“

Vor dem Eintritt in die Verhandlung verliest der Staatssekretär v. Bötticher folgende Erklärung: Der von den Abg. Richter und Karsten eingerichtete Antrag enthält den Satz, daß „es weder dem bundesstaatlichen Verhältnis, noch der Achtung vor dem geltenden Verfassungsrecht entspricht, wenn der Bundesrat Änderungen an den Börseninstitutionen vornehmen sollte, lediglich zu dem Zweck, um einzelne Bundesstaaten in dem freien Gebrauche ihres verfassungsmäßigen Rechts zu behindern.“ Der Antrag geht somit von der Unterstellung aus, daß der Bundesrat unter Hinterziehung des geltenden Rechts Befreiungen fassen könnte, welche den Zweck verfolgen, Rechte einzelner Bundesstaaten zu verlegen. Im Auftrage der verbündeten Regierungen weise ich die Unterstellung zurück (Beifall rechts) und lege hiermit Verwahrung gegen den Verlust ein, die freie Entwicklung des Bundesrats durch ein solches Vorgehen zu beeinflussen. Der Bundesrat ist sich, wie seiner verfassungsmäßigen Zuständigkeiten, so auch seiner Verpflichtung vollständig bewußt und hält es mit der Würde der verbündeten Regierungen, welche er zu vertreten hat, nicht vereinbar, sich bei der Beratung eines Antrags, wie er von den Abg. Richter und Karsten gestellt ist, zu beteiligen.

Nach Verlesung dieser Erklärung, die von der rechten Seite des Hauses mit großem Beifall aufgenommen wird, verläßt der Staatssekretär eine kleine Anzahl von Herren am Tische des Bundesrates den Saal, so daß während der nachfolgenden Verhandlung kein Bevollmächtigter oder Commissarius des Bundesrates im Hause anwesend ist.

Abg. Richter: Nun, m. h. derart kommen wir ja immer weiter. Ich vermiss die Herren vom Bundesrat gar nicht bei dieser Verhandlung. Denn auf eine Inter-

pellation in derselben Frage im v. J. erklärte der Vertreter des Bundesratszauchs, daß man es ablehne, die Fragen, die über den Bundesrat zur Verhandlung standen, hier zu discutiren, es sei das ein Eingriff in seine verfassungsmäßigen Rechte. Heute hört man nicht einmal die Begründung des Antrages an, wie es doch sonst parlamentarische Sitte ist, sondern ehe er noch seinen Zielen und Absichten klarlegt ist, tritt der Vertreter der Regierung auf und unterstellt ihm ganz Absichten und Motive. Ich meine, auch der Reichstag hat seine Würde und seine Stellung zu wahren, und seine Abwesenheit des Bundesrats kann ihn verhindern, in diese Verhandlung einzutreten und sie vollständig zu führen. Erfasst werden die Herren, was wir beschließen. Der Reichskanzler verfolgt seit einem Jahre die Absicht, das Freihafengebiet auf der Unterelbe aus Hamburg, Unterelbe und Elbe, befestend aus Hamburg, Unterelbe und Elbe, teils aufzuhören, teils einzuschränken. Es wurde zuerst im Bundesrat beantragt, Altona und St. Pauli einzuerleben. Der Antrag auf Verleibung St. Pauli wurde dann stillschweigend fallen gelassen und im Mat vorangegangenen Jahres wurde beantragt, Altona und die Unterelbe dem Zollverein einzuerleben. Der Bundesrat beschloß im Antritt derselben im Prinzip anzunehmen. Nunmehr wird auch der Antrag, Altona einzuerleben, fallen gelassen, und erscheint ein neuer Antrag auf Einverleibung der Unterelbe bis zum 1. Oktober und Aufhebung des Hauptzollamtes in Hamburg und der Zollvereinshälfte ebenfalls. Der erste Antrag führte zu der Interpellation Wolffson am 1. Mai v. J., dann kam die Verhandlung über die Elbhafensfahrt vom 8. und 10. Mai, dann die Interpellation im preußischen Abgeordnetenhaus. Mit dem jetzt im Bundesrat gebrachten Antrage wird der Sache keine neue Bedeutung gegeben, und der Reichstag ist im Anschluß die freiberen Verhandlungen und in Bezug auf die schädliche Art des Vorgehens des Reichskanzlers selbst schuldig, diese Frage in weitere Verhandlungen zu ziehen. Interpellationen in dieser Sache haben bisher ihren Zweck nicht erfüllt. Es wurde auf alle ganzes Antwort, daß der Bundesrat keine Veranlassung habe, sich aber die bei ihm schwedenden Fragen zu kümmern. In jahr entstandener Weise ist die Kompetenz des Reichstages zu einer derartigen Verhandlung bestritten worden. Ich wähle das Recht des Reichstages, auch über eine im Bundesrat schwedende Frage sich zu äußern. Werden doch auch hier im Namen des Bundesrates Erklärungen abgegeben, bevor wir einen Beschluss erzielt haben. Was würden die Herren vom Bundesrat sagen, wenn wir in solchen Fällen das Votum verlassen wollen? Das ist nicht der Weg, der zum Frieden und zur Vereinigung führt, zwischen Körperschaften, die auf einander angewiesen sind, sondern heißt umgekehrt der Conflict herausfordern. Auch wenn es sich nur um eine innere Verhandlung angelehnt handelt, würden wir das Recht haben, unsere Meinung zu äußern, wie wir dies aus Veranlassung von Petitionen fortwährend thun. Hier handelt es sich auch um Fragen, die in die wirtschaftlichen Interessen eingreifen, um die Vorbereitung einer Entscheidung über den Zollanschluß, welche nicht nur die größten Geldzuwendungen aus Reichsmitteln, also auch nicht ohne unsere Zustimmung getroffen werden kann. Von allem handelt es sich um die Frage einer Beeinträchtigung des Verfassungsrechts und um die Geltendmachung einer Reichstagkompetenz. Die Verfassung ist die Grundlage für das Verhältnis von Bundesrat und Reichstag. Es ist in solchen Fragen nicht nur unser Recht, sondern unsere Pflicht mit unserer Meinung nicht zurückzuhalten. Allerdings liegt die Annahmenade, wenn ein Antrag im Bundesrat nicht eingebracht sind, um ihrer selbst willen, sondern um einen Druck auszuüben, noch selbstständige Gründe der preußischen Interessen geltend zu machen. Es gelang freilich nicht, dieelben nachzuweisen. Die Zeiten haben die Herren vom Bundesrat gesetzt, um die Einverleibung von St. Pauli gefordert. Es ist wohl kaum möglich, daß man bei einer Verhandlung eine drohende Faust aufzubauen. Das ist vielleicht bei wilden Börsenkästen, in unchristlichen Gegenden ein angemessenes Mittel, eine Verständigung zu finden. (Herrlicher lins.) Muß es nicht die sachlichen Verhandlungen erschweren, wenn solche Preßionsmittel gebraucht werden? Wird nicht das Ehrgefühl auf der anderen Seite erregt, Alles zu vermeiden, was ausseht, als füge man sich der Preßion und treffe die Verhandlung nicht mit freiem Willen? Der Antrag auf Einverleibung St. Pauli's war ein offener Angriff auf das verfassungsmäßige Recht Hamburgs. Aber ich weiß nicht, ob die letzten Anträge nicht schlimmer sind, als hinterher das Recht Hamburgs angeschaut waren. Ja, wenn man sagen könnte, die Hamburger führen die Verhandlungen nur zum Schein, dann würde ich das jetzige Vorgehen noch eher begreiflich finden. Eine solche Behauptung kann aber gar nicht aufgestellt werden. Die Reichsregierung führt ja die Verhandlungen weiter und als vorhin der Staatssekretär v. Boetticher sich gegen einen Gebrauch vor der Begründung des Antrages zum Worte meldete, glaubte ich, er würde uns mittheilen, die Verhandlungen seien wenigstens mit dem Senat zu einem gewissen Abschluß gelangt. Es ist doch sonst selbst in Verhandlungen mit fremden Nationen nicht gerade Brauch, mittler in der Verhandlung eine drohende Faust aufzubauen. Das ist vielleicht bei wilden Börsenkästen, in unchristlichen Gegenden ein angemessenes Mittel, eine Verständigung zu finden. (Herrlicher lins.) Muß es nicht die sachlichen Verhandlungen erschweren, wenn solche Preßionsmittel gebraucht werden? Wird nicht das Ehrgefühl auf der anderen Seite erregt, Alles zu vermeiden, was ausseht, als füge man sich der Preßion und treffe die Verhandlung nicht mit freiem Willen? Der Antrag auf Einverleibung St. Pauli's war ein offener Angriff auf das verfassungsmäßige Recht Hamburgs. Aber ich weiß nicht, ob die letzten Anträge nicht schlimmer sind, als hinterher das Recht Hamburgs angeschaut waren. Ja, wenn man sagen könnte, die Hamburger führen die Verhandlungen nur zum Schein, dann würde ich das jetzige Vorgehen noch eher begreiflich finden. Eine solche Behauptung kann aber gar nicht aufgestellt werden. Die Reichsregierung führt ja die Verhandlungen weiter und als vorhin der Staatssekretär v. Boetticher sich gegen einen Gebrauch vor der Begründung des Antrages zum Worte meldete, glaubte ich, er würde uns mittheilen, die Verhandlungen seien wenigstens mit dem Senat zu einem gewissen Abschluß gelangt. Es ist doch sonst selbst in Verhandlungen mit fremden Nationen nicht gerade Brauch, mittler in der Verhandlung eine drohende Faust aufzubauen. Das ist vielleicht bei wilden Börsenkästen, in unchristlichen Gegenden ein angemessenes Mittel, eine Verständigung zu finden. (Herrlicher lins.) Muß es nicht die sachlichen Verhandlungen erschweren, wenn solche Preßionsmittel gebraucht werden? Wird nicht das Ehrgefühl auf der anderen Seite erregt, Alles zu vermeiden, was ausseht, als füge man sich der Preßion und treffe die Verhandlung nicht mit freiem Willen? Der Antrag auf Einverleibung St. Pauli's war ein offener Angriff auf das verfassungsmäßige Recht Hamburgs. Aber ich weiß nicht, ob die letzten Anträge nicht schlimmer sind, als hinterher das Recht Hamburgs angeschaut waren. Ja, wenn man sagen könnte, die Hamburger führen die Verhandlungen nur zum Schein, dann würde ich das jetzige Vorgehen noch eher begreiflich finden. Eine solche Behauptung kann aber gar nicht aufgestellt werden. Die Reichsregierung führt ja die Verhandlungen weiter und als vorhin der Staatssekretär v. Boetticher sich gegen einen Gebrauch vor der Begründung des Antrages zum Worte meldete, glaubte ich, er würde uns mittheilen, die Verhandlungen seien wenigstens mit dem Senat zu einem gewissen Abschluß gelangt. Es ist doch sonst selbst in Verhandlungen mit fremden Nationen nicht gerade Brauch, mittler in der Verhandlung eine drohende Faust aufzubauen. Das ist vielleicht bei wilden Börsenkästen, in unchristlichen Gegenden ein angemessenes Mittel, eine Verständigung zu finden. (Herrlicher lins.) Muß es nicht die sachlichen Verhandlungen erschweren, wenn solche Preßionsmittel gebraucht werden? Wird nicht das Ehrgefühl auf der anderen Seite erregt, Alles zu vermeiden, was ausseht, als füge man sich der Preßion und treffe die Verhandlung nicht mit freiem Willen? Der Antrag auf Einverleibung St. Pauli's war ein offener Angriff auf das verfassungsmäßige Recht Hamburgs. Aber ich weiß nicht, ob die letzten Anträge nicht schlimmer sind, als hinterher das Recht Hamburgs angeschaut waren. Ja, wenn man sagen könnte, die Hamburger führen die Verhandlungen nur zum Schein, dann würde ich das jetzige Vorgehen noch eher begreiflich finden. Eine solche Behauptung kann aber gar nicht aufgestellt werden. Die Reichsregierung führt ja die Verhandlungen weiter und als vorhin der Staatssekretär v. Boetticher sich gegen einen Gebrauch vor der Begründung des Antrages zum Worte meldete, glaubte ich, er würde uns mittheilen, die Verhandlungen seien wenigstens mit dem Senat zu einem gewissen Abschluß gelangt. Es ist doch sonst selbst in Verhandlungen mit fremden Nationen nicht gerade Brauch, mittler in der Verhandlung eine drohende Faust aufzubauen. Das ist vielleicht bei wilden Börsenkästen, in unchristlichen Gegenden ein angemessenes Mittel, eine Verständigung zu finden. (Herrlicher lins.) Muß es nicht die sachlichen Verhandlungen erschweren, wenn solche Preßionsmittel gebraucht werden? Wird nicht das Ehrgefühl auf der anderen Seite erregt, Alles zu vermeiden, was ausseht, als füge man sich der Preßion und treffe die Verhandlung nicht mit freiem Willen? Der Antrag auf Einverleibung St. Pauli's war ein offener Angriff auf das verfassungsmäßige Recht Hamburgs. Aber ich weiß nicht, ob die letzten Anträge nicht schlimmer sind, als hinterher das Recht Hamburgs angeschaut waren. Ja, wenn man sagen könnte, die Hamburger führen die Verhandlungen nur zum Schein, dann würde ich das jetzige Vorgehen noch eher begreiflich finden. Eine solche Behauptung kann aber gar nicht aufgestellt werden. Die Reichsregierung führt ja die Verhandlungen weiter und als vorhin der Staatssekretär v. Boetticher sich gegen einen Gebrauch vor der Begründung des Antrages zum Worte meldete, glaubte ich, er würde uns mittheilen, die Verhandlungen seien wenigstens mit dem Senat zu einem gewissen Abschluß gelangt. Es ist doch sonst selbst in Verhandlungen mit fremden Nationen nicht gerade Brauch, mittler in der Verhandlung eine drohende Faust aufzubauen. Das ist vielleicht bei wilden Börsenkästen, in unchristlichen Gegenden ein angemessenes Mittel, eine Verständigung zu finden. (Herrlicher lins.) Muß es nicht die sachlichen Verhandlungen erschweren, wenn solche Preßionsmittel gebraucht werden? Wird nicht das Ehrgefühl auf der anderen Seite erregt, Alles zu vermeiden, was ausseht, als füge man sich der Preßion und treffe die Verhandlung nicht mit freiem Willen? Der Antrag auf Einverleibung St. Pauli's war ein offener Angriff auf das verfassungsmäßige Recht Hamburgs. Aber ich weiß nicht, ob die letzten Anträge nicht schlimmer sind, als hinterher das Recht Hamburgs angeschaut waren. Ja, wenn man sagen könnte, die Hamburger führen die Verhandlungen nur zum Schein, dann würde ich das jetzige Vorgehen noch eher begreiflich finden. Eine solche Behauptung kann aber gar nicht aufgestellt werden. Die Reichsregierung führt ja die Verhandlungen weiter und als vorhin der Staatssekretär v. Boetticher sich gegen einen Gebrauch vor der Begründung des Antrages zum Worte meldete, glaubte ich, er würde uns mittheilen, die Verhandlungen seien wenigstens mit dem Senat zu einem gewissen Abschluß gelangt. Es ist doch sonst selbst in Verhandlungen mit fremden Nationen nicht gerade Brauch, mittler in der Verhandlung eine drohende Faust aufzubauen. Das ist vielleicht bei wilden Börsenkästen, in unchristlichen Gegenden ein angemessenes Mittel, eine Verständigung zu finden. (Herrlicher lins.) Muß es nicht die sachlichen Verhandlungen erschweren, wenn solche Preßionsmittel gebraucht werden? Wird nicht das Ehrgefühl auf der anderen Seite erregt, Alles zu vermeiden, was ausseht, als füge man sich der Preßion und treffe die Verhandlung nicht mit freiem Willen? Der Antrag auf Einverleibung St. Pauli's war ein offener Angriff auf das verfassungsmäßige Recht Hamburgs. Aber ich weiß nicht, ob die letzten Anträge nicht schlimmer sind, als hinterher das Recht Hamburgs angeschaut waren. Ja, wenn man sagen könnte, die Hamburger führen die Verhandlungen nur zum Schein, dann würde ich das jetzige Vorgehen noch eher begreiflich finden. Eine solche Behauptung kann aber gar nicht aufgestellt werden. Die Reichsregierung führt ja die Verhandlungen weiter und als vorhin der Staatssekretär v. Boetticher sich gegen einen Gebrauch vor der Begründung des Antrages zum Worte meldete, glaubte ich, er würde uns mittheilen, die Verhandlungen seien wenigstens mit dem Senat zu einem gewissen Abschluß gelangt. Es ist doch sonst selbst in Verhandlungen mit fremden Nationen nicht gerade Brauch, mittler in der Verhandlung eine drohende Faust aufzubauen. Das ist vielleicht bei wilden Börsenkästen, in unchristlichen Gegenden ein angemessenes Mittel, eine Verständigung zu finden. (Herrlicher lins.) Muß es nicht die sachlichen Verhandlungen erschweren, wenn solche Preßionsmittel gebraucht werden? Wird nicht das Ehrgefühl auf der anderen Seite erregt, Alles zu vermeiden, was ausseht, als füge man sich der Preßion und treffe die Verhandlung nicht mit freiem Willen? Der Antrag auf Einverleibung St. Pauli's war ein offener Angriff auf das verfassungsmäßige Recht Hamburgs. Aber ich weiß nicht, ob die letzten Anträge nicht schlimmer sind, als hinterher das Recht Hamburgs angeschaut waren. Ja, wenn man sagen könnte, die Hamburger führen die Verhandlungen nur zum Schein, dann würde ich das jetzige Vorgehen noch eher begreiflich finden. Eine solche Behauptung kann aber gar nicht aufgestellt werden. Die Reichsregierung führt ja die Verhandlungen weiter und als vorhin der Staatssekretär v. Boetticher sich gegen einen Gebrauch vor der Begründung des Antrages zum Worte meldete, glaubte ich, er würde uns mittheilen, die Verhandlungen seien wenigstens mit dem Senat zu einem gewissen Abschluß gelangt. Es ist doch sonst selbst in Verhandlungen mit fremden Nationen nicht gerade Brauch, mittler in der Verhandlung eine drohende Faust aufzubauen. Das ist vielleicht bei wilden Börsenkästen, in unchristlichen Gegenden ein angemessenes Mittel, eine Verständigung zu finden. (Herrlicher lins.) Muß es nicht die sachlichen Verhandlungen erschweren, wenn solche Preßionsmittel gebraucht werden? Wird nicht das Ehrgefühl auf der anderen Seite erregt, Alles zu vermeiden, was ausseht, als füge man sich der Preßion und treffe die Verhandlung nicht mit freiem Willen? Der Antrag auf Einverleibung St. Pauli's war ein offener Angriff auf das verfassungsmäßige Recht Hamburgs. Aber ich weiß nicht, ob die letzten Anträge nicht schlimmer sind, als hinterher das Recht Hamburgs angeschaut waren. Ja, wenn man sagen könnte, die Hamburger führen die Verhandlungen nur zum Schein, dann würde ich das jetzige Vorgehen noch eher begreiflich finden. Eine solche Behauptung kann aber gar nicht aufgestellt werden. Die Reichsregierung führt ja die Verhandlungen weiter und als vorhin der Staatssekretär v. Boetticher sich gegen einen Gebrauch vor der Begründung des Antrages zum Worte meldete, glaubte ich, er würde uns mittheilen, die Verhandlungen seien wenigstens mit dem Senat zu einem gewissen Abschluß gelangt. Es ist doch sonst selbst in Verhandlungen mit fremden Nationen nicht gerade Brauch, mittler in der Verhandlung eine drohende Faust aufzubauen. Das ist vielleicht bei wilden Börsenkästen, in unchristlichen Gegenden ein angemessenes Mittel, eine Verständigung zu finden. (Herrlicher lins.) Muß es nicht die sachlichen Verhandlungen erschweren, wenn solche Preßionsmittel gebraucht werden? Wird nicht das Ehrgefühl auf der anderen Seite erregt, Alles zu vermeiden, was ausseht, als füge man sich der Preßion und treffe die Verhandlung nicht mit freiem Willen? Der Antrag auf Einverleibung St. Pauli's war ein offener Angriff auf das verfassungsmäßige Recht Hamburgs. Aber ich weiß nicht, ob die letzten Anträge nicht schlimmer sind, als hinterher das Recht Hamburgs angeschaut waren. Ja, wenn man sagen könnte, die Hamburger führen die Verhandlungen nur zum Schein, dann würde ich das jetzige Vorgehen noch eher begreiflich finden. Eine solche Behauptung kann aber gar nicht aufgestellt werden. Die Reichsregierung führt ja die Verhandlungen weiter und als vorhin der Staatssekretär v. Boetticher sich gegen einen Gebrauch vor der Begründung des Antrages zum Worte meldete, glaubte ich, er würde uns mittheilen, die Verhandlungen seien wenigstens mit dem Senat zu einem gewissen Abschluß gelangt. Es ist doch sonst selbst in Verhandlungen mit fremden Nationen nicht gerade Brauch, mittler in der Verhandlung eine drohende Faust aufzubauen. Das ist vielleicht bei wilden Börsenkästen, in unchristlichen Gegenden ein angemessenes Mittel, eine Verständigung zu finden. (Herrlicher lins.) Muß es nicht die sachlichen Verhandlungen erschweren, wenn solche Preßionsmittel gebraucht werden? Wird nicht das Ehrgefühl auf der anderen Seite erregt, Alles zu vermeiden, was ausseht, als füge man sich der Preßion und treffe die Verhandlung nicht mit freiem Willen? Der Antrag auf Einverleibung St. Pauli's war ein offener Angriff auf das verfassungsmäßige Recht Hamburgs. Aber ich weiß nicht, ob die letzten Anträge nicht schlimmer sind, als hinterher das Re



Altshottländer Synagoge.  
Sonntags, den 28. Mai cr.,  
Vormittags 10 Uhr Predigt.

Weinberger Synagoge.  
Sonntags, den 28. d. Mts., Vor-  
mittags 10 Uhr: Predigt (7224)  
Durch die glückliche Geburt eines  
Knaben wurden hoch erfreut  
Danzig, den 26. Mai 1881.  
Regierungs-Assessor Fink  
und Frau.

Heute Nachmittag 5½ Uhr wurde  
meine liebe Frau Marie, geb.  
Pöpp, von einem gefundenen Tochterchen  
glücklich entbunden.  
Danzig, den 25. Mai 1881.  
A. Fink.

Gestern Morgen 5 Uhr entschlief sanft  
nach vierjährigem Krankenlager mein innigst  
geliebter Mann, unser guter Vater, Bruder,  
Onkel und Schwager, der Kaufmann

**Samuel Goldstein**,  
im 57. Lebensjahr, welches wir tief be-  
trübt anzeigen.  
Danzig, den 26. Mai 1881.

Die Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet Sonntag, den  
29. Mai, Vorm. 10 Uhr, vom Sterbe-  
haus Pfefferstadt 43 aus statt.

Heute Morgen 7 Uhr entschlief sanft  
nach längerem Leiden unser lieber Vater,  
Großvater, Schwiegervater, Bruder,  
Schwager und Onkel, der Tischlermeister

**Samuel Louis Hopp**,  
im 62. Lebensjahr.  
Danzig, den 26. Mai 1881.  
Die Hinterbliebenen.

Heute früh 6 Uhr entschlief sanft  
nach langem Leiden unser theurer Vater,  
der frühere Stadtbaudirektor

**Carl Heinrich Bulcke**,  
im 81. Lebensjahr, was wir tief betrübt  
anzeigen.  
Danzig, den 26. Mai 1881.

Die Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet Montag, den  
30. Mai cr., pünktlich 8½ Uhr früh,  
auf dem St. Marien-Kirchhofe vom  
Leichenhause daselbst statt.

Gestern Mittag starb nach achtjährigem  
schweren Leiden an der Diphtheritis  
unser lieber Gottfried im Alter von  
2 Jahren, was wir hiermit Freunden  
und Bekannten tief betrübt anzeigen.  
Danzig, den 27. Mai 1881.  
E. Reichmann und Frau.

Heute Vormittag 10½ Uhr entschlief sanft  
nach längerem Leiden unsere innigst  
geliebte Mutter, Schwieger-, Groß-, Ur-  
großmutter, Schwester und Tante  
**Florentine Friedland**, geb. Thimm,  
im 77. Lebensjahr, welches wir tief  
betrübt anzeigen.

Danzig, den 26. Mai 1881.  
Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Montag, den  
30. Mai, Nachmittag 4 Uhr, vom St.  
Johannis-Kirchhof in Danzig aus statt.

**Verspätet.**

Heute früh 4 Uhr entschlief nach  
langem, schweren Krankenlager im 62.  
Lebensjahr, der Justizrat

**Gustav Adolph Döring**.  
Dieses zeigen tief betrübt an  
Schloßau, den 21. Mai 1881.  
Die Hinterbliebenen.

**General-Versammlung**  
der Corporation der Kaufmanns-  
schaft

Sonntags, den 28. Mai,  
Nachmittags 5 Uhr,  
im Artushofe.

Tagesordnung:  
1. Bericht über die Täglichkeit des Vor-  
steher-Amts im letzten Verwaltungs-  
jahr.  
2. Vorlage der Jahresrechnung pro 1880.  
3. Wahl der Revisor für die Jahres-  
rechnung pro 1880 und den Etat der  
Corporation pro 1882.  
Danzig, den 13. Mai 1881.  
Das Vorsteher-Amt der  
Kaufmannschaft.  
Albrecht.

**Taylor-Linie**  
**Newcastle-**  
**Danzig.**  
Dampfer „Iota“, Capt. W. Trapp,  
lade auf hier und werben Güter-An-  
meldungen erbeten von **W. J. Taylor**  
& Co. in Newcastle on Tyne.

**G. L. Hein.**

Unterricht in der einfachen u. doppelten  
Buchführung, Wechsellehre, kauf-  
männischem Rechnen und Correspondenz,  
in der englischen und französischen  
Sprache, ertheilt

**Wilhem Fritsch**,  
Schwarzes Meer 88 2 Tr.

Für die Sommer-Saison werden in  
Zoppot Schülern der Septima —  
Duarta Nachhilfe resp. Privatstunden  
erteilt; auch werden Knaben für diese  
Klassen vorbereitet. Wresien unt. 7025  
in der Exped. dieser Zeitung erbeten.

**Gründl. Klavierunterricht**  
(Methode Kullack) ertheilt Rosa Für-  
nenberg, 4 Damm 10, 1. Etage.

**Himbeer- u. Kirschsaft**  
von vorzüglichem Geschmack empfiehlt  
**Carl Köhn**,

Seitige Geistgasse 29.

**Rizzauer Speiseöl**  
frisch u. von hochfeinem Geschmack empfiehlt  
**Carl Köhn**, Geistgasse 29.

## Dampfschiffahrt Danzig — Neufahrwasser.

Außer den stündlich abgehenden Dampfern werden am Sonnabend und Feiertagen des Morgens, Nachmittags und Abends  
**Extradampfböte**  
eingestellt, um Überfüllung vorzubringen.  
**„Welchsel“**, Danziger Dampfschiffahrt- und Seebad-  
Aktien-Gesellschaft.  
Alexander Gibson.

**Eleganteste Neuheiten**  
in Sonnenschirmen,  
En-tout-eas und Regen-  
schirmen  
werden diesmal zur Saison ausnahmsweise zu niedrigsten  
Preisen verkauft.

**A. Walter**, vormalss Alex. Sachs,  
en gros.  
Schirmsfabrik, Mahkanschegasse.

**Marquisen und Zelte,**  
complet fertig incl. Anmachern,  
liefern in bester Ausführung zu den billigsten Preisen.  
**Marquisen und Zelt-Leinwand**  
in sämtlichen Breiten und Qualitäten in größter Auswahl empfehlen  
**R. Deutschendorf & Co.**,  
12. Milchkanngasse 12.

**Neuheiten**  
in  
**Sonnenschirmen**  
empfiehlt  
in größter Auswahl  
**W. Jantzen.**



**Hering's-Auction.**

Dienstag, den 31. Mai 1881, Vormittags 10 Uhr, findet auf dem

Hofe der Herren **F. Böhm & Co.** eine Auction statt über:

**Eine Partie Fettheringe**

KKK KK KM  
ex Schiff Rijkana, Capt. Meidell, sowie  
**Fett, unbranded Matties, Tornbellies,**  
**Breitlinge, amerikanische Sloe und Kabeljau**  
in Kisten.  
**Mellien. Ehrlich.**

**Altes Gräzer Bier** 25 Flaschen 3 Mrl.  
**Erlanger Exportbier** 15 do. 3 -  
**Böhmisches Tafelbier** 20 do. 3 -  
empfiehlt  
**Robert Krüger**, Hundegasse 34.

**Deutsche Lebens-, Pensions-  
u Renten-Versicherungs-Gesellschaft**  
auf Gegenseitigkeit in Potsdam.

Versicherungs-Bestand Ende Februar 33 522 Polisen mit  
Versicherungs-Anträge vom 1. Januar bis Ende Dezember

1880 519 Polisen über . . . . .

Brämen-Reserve Ende 1880 . . . . .

Brämen-Einnahme für 1880 . . . . .

Begründungs-Capital . . . . .

Versicherungssummen wurden ausgezahlt von 1869 bis ein-  
schlägig 1880 . . . . .

Reingewinn aus 1880 . . . . .

Die Anzahl versicherte Kapitalien auf den Todestall und Erlebensfall,  
auch Renten, Kinder- und Aussteuer-Versicherungen unter den günstigsten Be-  
dingungen. Versicherte Beamte erhalten Cautionsdarlehen. Die fällig gewordenen  
Versicherungs-Capitalien werden so schlemig wie möglich ausgezahlt.

Prospecta, Tarife und Antragsformulare werden unentgeltlich verabreicht,  
auch erhält die unterzeichnete General-Agentur bereitwillig nähere Anstunft.

**Gustav Schiffmann**, Danzig,  
Brodbänkengasse 36.

III. Lotterie von Baden-Baden.

10 Tausend Gewinne im Gesamtwerthe von

**550 400 Mark**,

darunter 3 Hauptgewinne im Werthe von

**60 000, 30 000, 15 000 M.**

ferner 3 Gewinne im Werthe à 10 000 M., 5 Gewinne à 5000,

9 à 3000, 9 à 2000, 28 Gewinne im Werthe von à 1000 M.

Loose zur 1. Ziehung (7. Juni c.) à 2 Mark.

Original-Voll-Loose für alle 5 Ziehungen gültig à 10 Mark sind bei

den bekannten Haupt-Kollektionen, sowie von Unterzeichneter zu begießen.

**A. Molling**,

General-Debit in Berlin W., Friedrichstraße No. 180.

Obige Lose sind zu bezahlen durch

die Expedition der Danziger Zeitung.

## Wirklich reeller Ausverkauf.

**Wegen vollständiger Geschäftsaufgabe**

verkaufe zu und unterm Kostenpreise mein Lager von langen und kurzen  
Tabaks-Pfeifen jeder Art, Snapspfeifen, Cigarrenspitzen in Bernstein, Meerschaum und Weichholz, Tabaks-Dosen, Feuerzeuge, Spiegelstäbe,  
Portemonnaies und Cigarren-Taschen in Eisenstein, Schildpatt, Perlmutter  
und Leder, Kragen- und Mantelkettenknöpfe, alle Sorten Kämme und  
Bürsten, darunter die beliebtesten Stahlknotenbürsten, Obstspeiser und Messer-  
ständer, Hornlößel und Salatschalen, Schach- und Dominospiele, Schach-  
bretter, Kartenspielen, Whistmarken und Teller,

**Elsenbeinsächer, Schmuckfächer in Elsen-**

**bein, Zett und Bernstein,**

**Billard-Bälle, Kegelkugeln, Kegel, Quene-Leder etc.**

Das Lager ist vollständig und nur mit den neusten und besten Sachen  
sortirt und ist unter annehmbaren Bedingungen auch sofort im Ganzen  
zu verkaufen.

(8841)

**G. Gepp sen., Kunstdrechsler, Jopeng. 43.**

**Span für Schuhmacher**

und

**Bierklärsäne**

offerirt in grösseren Posten

**Louis Varneck,**

Rahmen bei Niedegasse 10.

**Täglich feinstes Sahne-Buttermilch,**

1. Sorte 15 M., 2. Sorte 8 M. à Liter

in der Milchhütterei von

**R. Schönsee**, Langgasse 67.

**Wildpreishandlung:**

Rehe, ganz und zerlegt, Wildschweine etc.

Rümpfes 13.

Verstand nach außerhalb prompt.

Beste Lagerbiere empfiehlt die Bier-  
handlung Bentlergasse 15.

**Wortheilhaft. Gutsverkauf**

Unweit Marienburg (Höhe circa 10

Hufen culturisch. Weizen- und Gersten-  
böden, sehr gute Baulichkeiten, Winter-  
zeit 80 Scht. Weizen, 160 Scht.

Roggen, Hypotheken: Landgut; todes-  
Inventar übercompl. lebendes 25 Milch-  
kühe, (Steingew. M. 3600), 18 Pferde,  
6 Ochsen, 1 Kuhle, 30 Schweine. An  
höheren Revenuen hat das Gut M. 2100  
jährlich und soll schneidig für den ge-  
ringsten Preis von 50 000 Thlr. bei 12 bis  
10 000 Thlr. Anzahlung verkauft werden  
durch

**Theodor Kleemann**,  
Danzig, Pfefferstadt 3.

Auf ein Grundstück, Pfefferstadt, wird  
zur 2. Stelle von sofort 20 bis

26000 M. innerhalb der Feuerkasse gefü-  
ordert unter 7082 in der Expedition

dieser Zeitung erbeten.

Auf ein Grundstück in Neufahrwasser  
werden zur 2. Stelle innerhalb der  
Feuerkasse ca. 30000 M. gefügt.

Gef. Öfferten unter 7083 in der Ex-  
pedition dieser Zeitung erbeten.

**Gold und Silber**

kauf G. Seeger, Juwelier,

Goldschmiedegasse 22.

**Polianer, Mahagoni und ein-  
fache Möbel**, stehen Vorstädtischen  
Gärten 61 II. zum Verkauf. Da-  
selbst ist ebenfalls ein großer saft  
Quadrat-Laminierring und ein  
Concert-Flügel zu verkaufen.

Borm. ½ 10 bis 1 Uhr täglich  
zu besehen.

(6923)

**Pianinos auf Abzahlung**

bei 100 — 150 M. Anzahlung, 20 bis

30 M. monatliche Abzahlung. Baar-

Einkauf: Hohe Rabattvergütung.

**Ph. Fr. Wiszniewski**,

3. Damm No. 3.

**Wollsäcke**

in sämtlichen gangbaren Qualitäten

und jedem Gewicht, mit und ohne

Streifen, empfiehlt in größter Aus-  
wahl; ferner

**Wollsock-Marlein**

# Beilage zu No. 12807 der Danziger Zeitung.

Danzig, den 27. Mai 1881.

Reichstag.

(Fortsetzung.)

Abg. Wolfssohn: Im Antrage Ausfeld ist eine Rechtsfrage berübt, die den Reichstag bereits beschäftigt hat. Die Elbschiffahrtsakte enthielt eine Bestimmung, in der die Möglichkeit, die Auslandsqualität der Unterelbe auszugeben, ausgeschlossen war. Damals wurde der ganze Vertrag an eine Commission verwiesen, welche zu dem Resultat kam, daß nach Maßgabe der bestehenden Verträge und des bestehenden Rechtszustandes die Einschließung der Unterelbe nur durch die Gesetzgebung stattfinden könne. Die Frage wurde damals unter lebhafter Beteiligung des Reichskanzlers erörtert; das Resultat der Verhandlungen war im Wesentlichen ein negatives: der Antrag der Commission fand nicht die Billigung der Mehrheit, aber es wurden auch alle Paragraphen der Elbschiffahrtsakte abgelehnt, aus denen möglicherweise ein Recht des Bundesrates, in dieser Sache einseitig vorzugeben, hergeleitet werden könnte. Wenn auch in dritter Lesung die Elbschiffahrtsakte nicht erledigt wurde, so hatte sich der Reichstag doch wesentlich auf den Rechtsstandpunkt gestellt. An diesen Ausspruch war die Hoffnung geknüpft, daß die Reichsregierung den Zweifeln Rechnung tragen und gleichfalls die Sache in suspense lassen werde, bis es möglich sein würde, sich mit dem Reichstag in einer oder der anderen Weise zu verständigen. Eine dringende Veranlassung vorzugeben, lag für den Bundesrat und die Reichsregierung nicht vor. Nichts desto weniger erfolgte noch in demselben Monate, in welchen der Reichstag diesen Beschluß gefasst hatte, der Antrag der Reichsregierung an den Bundesrat, die Unterelbe in den Zollverein einzuschließen. Der Antrag wurde rasch in zwei Lesungen zur Erledigung gebracht gegen den Widerstand Hamburgs, welches mit der Ausarbeitung einer Deutschrift zur Begründung seines Rechtsanspruches beschäftigt war. Dazu wurde dem Hamburgischen Senat keine Zeit gelassen, sondern ohne den Antrag an einen Ausschuß zu verweisen, wurde derselbe angenommen. Es wurde nachher von der Reichsregierung ein Regulativ für die Behandlung der Unterelbe als Theil des Zollvereins vorgelegt, welches auf den Fortbestand des Hamburgischen Seehandels thunlichste Rücksicht nahm; es hatte nur den Mangel, daß es die Vortheile, die es in Aussicht stellte, nur bis auf Weiteres gewährte, sie konnten jeden Tag wieder zurückgenommen werden. So lag die Sache, als im Laufe dieses Jahres Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und dem Hamburgischen Senat oder doch in ihrem Auftrage und mit ihrer Zustäglichkeit zwischen einzelnen Behörden der Reichsregierung und Mitgliedern des Hamburgischen Senats stattgefunden haben über die Eventualität eines Abschlusses. Es war anzunehmen, daß der Anschluß der Unterelbe, wenn er auch auf dem Papier beschlossen war, bis zur Erledigung der Unterhandlungen mit Hamburg nicht zur Ausführung kommen würde. Aber mitten in diese Verhandlungen kamen dann noch zwei Anträge der Reichsregierung und des Bundesrats: der eine verlangt den Anschluß der Unterelbe ohne Altona im Gegensatz zu dem früheren; der zweite Antrag verlangt die Aufhebung des in Hamburg eingerichteten Hauptzollamts und der Zollvereinsniederlage. Das hamburgische Hauptzollamt ist nach Analogie des bremischen eingerichtet worden und hatte wesentlich den Zweck, den Verkehr zwischen Hamburg und dem Zollvereinsinlande zu erleichtern, die Möglichkeit zu gewähren, die Güter von Hamburg verzollt abfahren zu lassen, was für einen großen Theil des Verkehrs, auch den inländischen, von immenser Bedeutung ist. Das zweite Institut ist die Zollvereinsniederlage. Ihnen allen ist bekannt, daß die deutschen Fabrikanten sich immer schwer darüber beklagt haben, daß ihnen keine Gelegenheit gegeben sei, die Waaren unverzollt in Hamburg liegen zu lassen, und daß das eines der Hauptmomente war, welches namentlich seitens der Fabrikanten Deutschlands immer für den Anschluß geltend gemacht wurde. Man sagte: wenn wir für den Exporteur, der die Waaren kaufen will, ein großes Lager halten könnten in Hamburg, unter dem er sich aussuchen kann, was ihm zweckmäßig erscheint, dann würden wir unsere Waaren in ganz anderer Weise vertheidigen, während wir jetzt vom Exportgeschäft vollständig ausgeschlossen sind. Das können wir aber nicht, weil, wenn wir unsere Waaren nach Hamburg schicken, sie außerhalb des Zollverbandes sind, und wir, wenn wir sie zurücknehmen und im Zollverein verkaufen wollen, von Neuem den Zoll zu bezahlen haben. Diese Rücksicht hat die Veranlassung gegeben, die Zollvereinsniederlage zu errichten, natürlich mit Zustimmung des Bundesrats. Diese Zollvereinsniederlage ist ein großer Complex von Baulichkeiten, fast eine kleine Stadt, in welcher im Augenblick 395 Hamburger Firmen etabliert sind. Diese betreiben vorzugsweise das deutsche Geschäft und zwar in der Weise, daß sie entweder für eigene Rechnung oder commissionsweise Lager in der Zollvereinsniederlage halten. Die Waaren in diesen Lagern gelten als verzollt, weil die Zollvereinsniederlage Zollinland ist, und wenn die Nothwendigkeit eintritt, die Waaren wieder nach dem Zollverein hereinkommen zu lassen, bedarf es keiner neuen Verzollung. Die Zollvereinsniederlage ist durch eine Actiengesellschaft errichtet unter Beteiligung des Staates. Der Hamburger Staat hat nämlich den Grund und Boden beigegeben und sich mit einem Theil der Actien beheiligt. Die Einrichtung des ganzen Instituts hat damals 3 Millionen geflossen; es gedeiht vorzüglich und die Leute darin befinden sich wohl. Es ist die wentsliche Voraussetzung des Geschäftsbetriebes der 395 Firmen, die dort etabliert sind, und der sämtlichen deutschen Fabrikanten, die mit ihnen in Verbindung stehen. Jetzt mit einem Male, nach langer Zeit, inmitten der schwierigen Verhandlungen soll das Kaiserliche Hauptzollamt und mit ihm die Zollvereinsniederlage aufgehoben werden ohne Rücksicht darauf, daß die 395 Firmen dadurch auf die Straße gesetzt werden. Die Frage nun, um die es sich eigentlich handelt, ist wesentlich auf Grund der Elbschiffahrtsakte zu entscheiden. Die Wiener Congreßakte erhält eine Reihe von Bestimmungen über die Behandlung der sogenannten conventionellen Ströme, d. h. jener Ströme, die der Jurisdicition verschiedener Staaten angehören. Die damals von der Wiener Congreßakte in Bezug auf solche Ströme gefassten Beschlüsse sind nachher vom Bundestag bestätigt worden, wodurch in Deutschland eine Reihe von Schiffahrtsacten zu Stande gekommen ist. Die Elb-Schiffahrtsakte ist von Österreich und sämtlichen deutschen Staaten, durch welche die Elbe läuft, beschlossen worden. Diese Acte befasst sich vorzugsweise mit der Frage der Flusszölle, hier genannt Elbzölle, es lag nahe, daß man auch auf die Landzölle kam, wie Art. 15 der Schiffahrtsakte vom Juni 1821 zeigt. (Redner verliest den Artikel.) Art. 7-13 haben von den Elbzöllen gehandelt. (Redner verliest auch diese Artikel.) Der Artikel 14 enthält zweifellos die von den Gegnern so hartnäckig ignorirte Bestimmung, daß die Landzölle von den einzelnen Staaten nur auferlegt werden können, "sobald die Waaren den Fluss verlassen haben." Also in Bezug auf die Landzölle ist im Gegensatz zu den Elbzöllen bestimmt, daß die Zollstättigkeit vertragsmäßig erst eintreten soll nicht auf dem Fluss selbst, sondern wenn die Güter gelandet werden. In Art. 22 ff. reservieren sich die contrahirenden Staaten das Recht der Visitation der Schiffe und Flöße an den Zollstellen, speziell an diesen Elbzollstellen. Ein weiterer Vorbehalt der Revision der Schiffe ist in der Elbschiffahrtsakte nicht vorhanden, so daß das ausschließliche Revisionsrecht nur an jenen Stellen gegeben ist, die zur Erhebung der Elbzölle bestimmt sind. Diese Elbzölle waren nur für die Ober-Elbe jenseits Hamburgs zu erheben und für die Schiffe auf derselben. Die Schiffe unterhalb Hamburgs waren frei bis auf den Brunshäuser und Stader Zoll, der von Hannover erhoben wurde. Es ist im Laufe der Zeit durch verschiedene Elbschiffahrtsakte die Zahl der Zollabfertigungsstellen immer mehr verrängert worden und

schließlich war die einzige Elbzollabfertigungsstelle Wittenberge, von der der Elbzoll allein erhoben wurde. Es hat sich im Laufe der Praxis das Bedürfnis herangestellt, mit dieser Wittenberger Abfertigungsstelle zugleich die Abseitigung für die Binnenzölle zu verbinden. Dieses wahrscheinlich ursprünglich nur taktische Verhältnis hat nach und nach auch eine Anerkennung in den Revisionen der Verträge gefunden. Ein Separatartikel der Convention von 1863 sagt: In dem Falle, daß das für die Elbschiffahrt Wittenberge bestehende Ein- und Ausgangsamt des Zollvereins in Folge eines etwaigen Anschlusses Mecklenburgs an den letzteren nach einem andern Orte an der Elbe verlegt werden sollte, gehen nach denselben auch die beiden Gebestellen des gemeinschaftlichen Elbzolls über. Damals hat man wahrscheinlich an den Landzoll gedacht, hat es aber nicht ausgesprochen. Nun ist gleichzeitig mit Mecklenburg auch Lauenburg eingetreten, und es war der Moment vorhanden, wo wegen der Verlegung der Landeszollstelle die Verlegung der Elbzollstelle eintreten mußte. Man hat sich damals verständigt, daß zur Abseitigung der Schiffe für den Vereinzoll der angemessene Platz Hamburg selbst wäre, wo früher eine provisorische, jetzt definitive Station am Entenwerder gegründet worden ist, man hatte aber das Bedenken, den bereits damals zum Tode verurtheilten Elbzoll noch auf eine weitere Strecke zu erheben. Deshalb wurden Vereinbarungen getroffen zwischen sämtlichen beteiligten Staaten, einschließlich Österreichs, daß die Vereinzollstelle wieder nach Hamburg, die Elbzollstelle aber nach Wittenberge verlegt werden solle. Der Elbzoll ist kurze Zeit darauf aufgehoben worden. Inzwischen war aber auch der Brunshäuser Zoll aufgehoben und zwar gegen eine Vergütung an Hannover von ca. 2 800 000 Thlr., zu welchem England 1 Million, Hamburg 1 Million, alle übrigen beteiligten Staaten den Rest beigetragen haben. Mit diesem Opfer hat Hamburg durch einen unerorden Vertrag das Recht der vollen Freiheit der Unterelbe erworben, auf welche es schon früher berechtigte Ansprüche hatte. Es hatten die Landesherren von Hannover und Dänemark auf beiden Ufern der Elbe Hamburg das Recht der Freiheit theils gegen Burgenstandisse, theils in anderen Verträgen angelagt, und soweit es sich um eine Nachfolge Preußens in der Souveränität von Hannover resp. Schleswig-Holstein handelt, geht natürlich diese Verpflichtung auch auf Preußen über. Immerhin ist nun das Recht Hamburgs durch die Verfassung alterirt worden? Wenn die Verfassung des Reichs eine Bestimmung enthält, die in positivem Wider spruch steht mit den Rechten, die zwischen den einzelnen deutschen Staaten begründet sind durch Verträge, so sind diese Rechte aufgehoben. Wenn aber die Verfassung hier im § 33 ausdrücklich bestimmt: Deutschland bildet ein Zoll- und Handelsgebiet, umgeben von einer gemeinschaftlichen Zollgrenze; ausgeschlossen bleiben die wegen ihrer Lage zur Einschließung in die Zollgrenze nicht geeigneten einzelnen Gebietsthüle, so sind die Ausnahmen, die durch Verträge begründet worden sind, nicht durch die Verfassung selbst aufgehoben. Diese Verträge können nur auf gelegentlichem Wege, nicht durch Administrationsregeln aufgehoben werden, wie sich auch Laband in seinem Staatsrecht ausspricht. Nun kommt noch hinzu, daß implizite in unserer Reichsverfassung im Artikel 23 und in den Zollvereinverträgen die bestehenden Schiffahrtsverträge zu Recht bestehend anerkannt sind. Es wird also durch eine gesetzliche Bestimmung des Reichs der gesetzliche Bestand dieser Elbschiffahrtsakte implizite anerkannt, und es ist eine ganz bekannte Interpretationsregel, daß die Aufnahme einer an sich vielleicht nicht Gesetzeskraft habenden Verfügung in ein Gesetz, die Erwähnung derselben als eines zu recht bestehenden, gerade dieselbe Bedeutung hat, wie die gesetzliche Errichtung der Verordnung. Etwas ganz Aehnliches finden Sie in dem Vereinzollgesetze vom 1. Juli 1869, wo es im § 57 heißt: „Bei der Waaren ein- und Durchfuhr von Flüssen, auf welche besondere Staatsverträge Anwendung finden, tritt das darin zur Sicherung der Zollinteressen vereinbarte Verfahren an Stelle des gesetzlichen Actus.“ Also auch hier wieder Anerkennung der bestehenden Verträge als zu Recht durch ein Reichsgesetz, das nur durch Gesetz wieder aufgehoben werden kann. Dem gegenüber liegt man nun, ja, nach der Verfassung des deutschen Reichs hat aber der Bundesrat das Recht, die Zollgrenze nach seinem Ermessen und ohne Mitwirkung des Reichstags zu bestimmen. So, in § 1, das steht nirgends in unserer Verfassung. Unsere Verfassung hat nur die Bestimmung, daß der Bundesrat das Recht hat, 1) über die dem Reichstage zu machenden Vorlagen und die von denselben gefassten Beschlüsse zu beschließen; 2) über die zur Ausführung der Reichsgesetze erforderlichen allgemeinen Verwaltungsvorschriften und Einrichtungen, sofern nicht durch Reichsgesetz etwas Anderes bestimmt ist, zu beschließen, und 3) über Mängel, welche bei Ausführung der Reichsgesetze oder der bestehenden Zollvorschriften oder Einrichtungen hervortreten, zu machen. Das Recht des Bundesrates, die Zollgrenze zu bestimmen, wo das Gesetz sie nicht bestimmt, ist nur herzuleiten aus dem Art. 7 Nr. 2, aus der Befugnis des Bundesrates, die Verwaltungsvorschriften festzustellen. Soweit also das Gesetz selbst eine Bestimmung enthält, wird man nicht derjenigen Behörde, die die Ausführungsbestimmungen zu erlassen hat, auch die Befugnis vindicieren, das Gesetz selbst zu ändern, weil es nur eine Ausführungsbestimmung sei, wenn die betreffende Bestimmung nicht im Gesetze stände. Ich komme hiernach zu dem Schlus, daß die Freiheit der Unterelbe in ihrer Ausnahmqualität unter dem Schutze des Gesetzes steht. Ich bitte wohl zu beachten, daß weder wir, noch sonst einem bei der Sache Beteiligten jemals der Gedanke gekommen ist, daß die Freiheit der Unterelbe ein Sonderrecht Hamburgs wäre. Sind Bundesrat und Reichstag in der Nothwendigkeit der Aufhebung dieser Freiheit einig, dann haben wir uns allerdings zu führen und sein Recht zu widersprechen, so weit uns nicht durch die getroffenen Einrichtungen das verfassungsmäßig garantire Recht des Freihafens genommen wird. (Redner verliest einen Passus aus einem in der vorigen Session verlesenen Schreiben des Finanzministers Camphausen. Diese Aussageung also daß die Unterelbe Auslandsqualität habe, ist noch in den Motiven der uns in vorigen Jahre vorgelegten Elbschiffahrtsakte aufgenommen. (Hört!) Ich glaube nachgewiesen zu haben, daß der Bundesrat nicht berechtigt ist, einseitig in der Frage vorzugehen und ich glaube, daß man auch von jener Seite, wo man in dieser Beziehung am sprödesten ist, uns keinen Vorwurf machen wird, wenn wir den Reichstag verlassen wollen, in dieser Beziehung eine bestimmte Meinung auszusprechen angehtisch der bereits festgestellten Beschlüsse des Bundesrates, welche auf das Gegentheil hinauslaufen. Sind es fertige Thatachen, dann ist schwer, diesen Thatachen entgegenzutreten und das Recht des Reichstages dann noch zu salviren. — Die Hamburger Bevölkerung sieht in dieser kleinen Folge von Überraschungen bisher niemals angeregte Maßregeln, in diesem Versuch St. Pauli anzuschließen, in der Absicht Altona einzuschließen, in dem Einschluß der unteren Elbe in die Molesten, in Bezug auf den Viehmarkt u. s. w., in der Aufhebung des Hauptzollamts, der Zollvereinsniederlage ein ganzes System von Maßregeln, welche nur darauf berechnet sind, Hamburg in eine Notlage zu bringen. Das es auf das ihm verfassungsmäßig zustehende und trotz alles Widerstands auch vom Reichskanzler anerkannte Recht verzichtet. Ich sage: auch von dem Reichskanzler anerkannte Recht; denn wozu sonst die Maßregeln? (Stimmung links) Warum geht man nicht einfach an den Reichstag und sagt, Hamburg hat kein verfassungsmäßiges Recht; wir wollen auf Grundlage der Verfassung beschließen, daß Hamburg auf diese oder jene Weise einzuvieletzt wird. Der Reichskanzler hat dies Recht im vorigen Jahre ausdrücklich anerkannt. Nur im Verkehr mit fremden, vielleicht nichtfreundlichen Mächten verlangt man etwas und droht mit schadenbringenden Handlungen, das ist ungefähr die Form, die einem Kriege zu

Gründe liegt. So stehen wir ja nicht mit einander. Schädigt die Regierung Hamburg, so schädigt sie einen Theil des deutschen Reiches, der seiner Fürsorge anvertraut ist und das deutsche Reich selbst. Die Hamburger Bevölkerung geht von der Überzeugung aus, daß Hamburg die ihm obliegende Stellung innerhalb des deutschen Verbandes in Wahrheit nur in vollständiger freier Bewegung ausführen kann. Aber nichtsdestoweniger hat man sich, wenn auch schmerzlich, doch theilweise in den Gedanken hineingedacht, daß, wenn nun vom ganzen Reiche oder von einem großen Theile des Reiches in so dringender Weise unser Anschluß gefordert wird, dann am Ende auch die Opfer gebracht werden müssen, die wir bringen können, um den so vielfach ausgesprochenen Wunsch zu erfüllen, sofern nur dasjenige gewahrt wird, was zur Erhaltung unserer Existenz erforderlich ist. So war die Stimmung noch vor wenigen Wochen in Hamburg bei einem großen Theile der Bevölkerung — sie hat fabelhaft umgeschlagen in der Zeit. Es fühlt jeder den Druck, dem er glaubt mit Manneskraft und Mannesmuth entgegentreten zu müssen, und ich sage Ihnen, uns, die wir es als unsere Lebensaufgabe betrachtet haben, den nationalen Sinn unserer Bevölkerung zu fördern, uns blutet das Herz bei diesen Vorgängen. (Beifall.)

Darauf wird die weitere Debatte bis Freitag verlegt.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 25. Mai. Getreidemarkt. Weizen loco unveränd., auf Termine fester. — Roggen loco unveränd., auf Termine fest. — Weizen  $\frac{7}{8}$  1000 Kilo  $\frac{7}{8}$  Mai 216,00 Br. 215,00 Gd.  $\frac{7}{8}$  Juli-August 214 Br. 213 Gd. — Roggen  $\frac{7}{8}$  1000 Kilo  $\frac{7}{8}$  Mai 206 Br. 205 Gd.  $\frac{7}{8}$  Juli-August 188 Br. 187 Gd. — Hafer und Gerste unveränd. — Rüböl ruhig, loco 54,50,  $\frac{7}{8}$  Mai 54,50 — Spiritus fester,  $\frac{7}{8}$  Mai 47 $\frac{1}{2}$  Br.  $\frac{7}{8}$  Juni-Juli 47 $\frac{1}{2}$  Br.  $\frac{7}{8}$  Juli-August 47 $\frac{1}{2}$  Br.  $\frac{7}{8}$  August-September 48 Br. — Kaffee fest, Umsatz 4000 Sac. — Petroleum still, Standard white loco 7,60 Br. 7,50 Gd.  $\frac{7}{8}$  Mai 7,60 Gd.  $\frac{7}{8}$  August-Dez. 8,10 Gd. — Wetter: Warm.

Bremen, 25. Mai. Petroleummarkt geschäftslos.

Frankfurt a. M. 25. Mai Effecten-Societät. Credit-Aktien 310 $\frac{1}{2}$ , Franzosen 305, Lombarden 111 $\frac{1}{4}$ , 1860er Jahre 129 $\frac{1}{2}$ , Galizier 269 $\frac{1}{4}$ , österr. Silberrente 67 $\frac{1}{2}$ , ungarische Goldrente 102 $\frac{1}{2}$ , II. Orientanleihe 58 $\frac{1}{2}$  Fest.

Wien, 25. Mai (Schluß-Course). Papierrente 17,00 Silberrente 77,30. Österreich. Goldrente 95,50. Ungar. Goldrente 117,70. 1854er Loos 125,50, 1860er Loos 133,25, 1864er Loos 178,00. Creditloose 179,75. Ungarische Brämenloose 126,50. Credit-Aktionen 356,40. Franzosen 340,00. Lombarden 129,00. Galizier 309,75. Kaschau-Oderb. 147,50. Pardubitzer 151,50. Nordwestb. 202,00. Elisabethb. 209,00. Lemberger Czerny. — Nordb. — Kronprinz-Rudolf 163,00. Franz. Josef-Dux-Bodenbacherb. — Böhmisches Westbahn —, Unionbank 138,60. Anglo-Austr. 154,00. Wiener Bankverein 132,70. Ungar. Creditact. 361,25. Deutsche Plätz 57,15. Londoner Wechsel 117,15. Pariser Wechsel 46,40. Amsterdam d. 97,10. Napoleon 9,30. Dukaten 5,52. Übercoups 100. Marknoten 57,20. Russ. Banknoten 1,17 $\frac{1}{2}$ . böhm. Westbahn —, 4 $\frac{1}{2}$  ungar. Bodencredit-Pfandbriefe —, Elbtal 239,25. ungarische Papierrente 92,05, 4 $\frac{1}{2}$  ungar. Rente —.

Amsterdam 25. Mai. (Schlußbericht) Getreidemarkt. Weizen auf Termine höher,  $\frac{7}{8}$  November 287. Roggen loco höher, auf Termine unverändert,  $\frac{7}{8}$  Mai 254,  $\frac{7}{8}$  Oktober 212. — Raps loco —,  $\frac{7}{8}$  Herbst 345 G. — Rüböl loco 31 $\frac{1}{4}$ ,  $\frac{7}{8}$  Herbst 32 $\frac{1}{4}$ .

Antwerpen, 25. Mai. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 19 bez. 19 $\frac{1}{2}$  Br.,  $\frac{7}{8}$  Juni 19 $\frac{1}{4}$  Br.  $\frac{7}{8}$  September 20 $\frac{1}{2}$  Br.,  $\frac{7}{8}$  September-Dezember 20 $\frac{1}{2}$  Br. Fest.

Paris, 25. Mai. Productenmarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest,  $\frac{7}{8}$  Mai 29,10,  $\frac{7}{8}$  Juni 29,00,  $\frac{7}{8}$  Juli-August 28,60,  $\frac{7}{8}$  September-Dezember 27,40. — Roggen fest,  $\frac{7}{8}$  Mai 23,10,  $\frac{7}{8}$  September-Dezember 20,00. — Mehl stiegend,  $\frac{7}{8}$  Mai 65,00,  $\frac{7}{8}$  Juni 64,10,  $\frac{7}{8}$  Juli-August 62,75,  $\frac{7}{8}$  September-Dezabr. 9 Marques 59,25. Rüböl träge,  $\frac{7}{8}$  Mai 74,75,  $\frac{7}{8}$  Juni 75,00,  $\frac{7}{8}$  Juli-August 75,50,  $\frac{7}{8}$  September-Dezember 76,50. — Spiritus beh.,  $\frac{7}{8}$  Mai 62,75,  $\frac{7}{8}$  Juni 63,00,  $\frac{7}{8}$  Juli-August 62,75,  $\frac{7}{8}$  Septbr.-Dezbr. 60,25. — Wetter: Schön.

Paris, 25. Mai. (Schlußcourse.) 3 $\frac{1}{2}$  amortistisch Rente —, 3 $\frac{1}{2}$  Rente 86,25, Unleiche de 1872 119,92 $\frac{1}{2}$ , Ital. 5 $\frac{1}{2}$  Rente 92,25, Österreich. Goldrente 83 $\frac{1}{2}$ , Ungar. Goldrente 103%. Russen de 1877 95 $\frac{1}{2}$ , Franzosen 767,50, Lombard. Eisenb.-Aktionen 281,25. Lombard. Prioritäten 290, Türk. de 1865 17,15, 6 $\frac{1}{2}$  Rumän. Rente —, Credit mobiliar 755,00. Spanier exter. 24 $\frac{1}{2}$  inter. 22 $\frac{1}{2}$ , Suezcanal-Aktionen —, Banque ottomane 674, Societe generale 727, Credit foncier 1707, Ägypter 389, Banque de Paris 1285,00, Banque d'escompte 831, Banque hypothécaire 697, III. Orient-anleiche 59 $\frac{1}{2}$ , Türk. loose 62,50, Londoner Wechsel 25,22, 5 $\frac{1}{2}$  rumänische Rente 91,00.

Liverpool, 25. Mai. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 12 000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Fest. Middl. amerikanische Juni-Juli-Lieferung 6 d.

Leith, 25. Mai. Getreidemarkt. Sämtliche Getreidearten ruhig, ungefähr zu den Preisen der letzten Woche gehandelt. — Weiter: Negnerisch.

London, 25. Mai. (Schlußbericht) Getreidemarkt. Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 10 500, Gerste 210, Hafer 54 620 Ohrs. Sämtliche Getreidearten ruhig, fremder weißer Weizen fester, schwedischer Hafer  $\frac{1}{4}$  sh. billiger.

London, 26. Mai. Consols 102 $\frac{1}{2}$ . Preußische 4 $\frac{1}{2}$  Consols 101 $\frac{1}{2}$ . 4% bairische Aanleihe 100 $\frac{1}{2}$ . 5% Ital. Rente 91%. Lombarden 11 $\frac{1}{2}$ . 3% Lombarden alte — 3% Lombarden neue —. 5% Russen de 1871 89 $\frac{1}{4}$ . 5% Russen de 1872 88 $\frac{1}{4}$ . 5% Russen de 1873 92 $\frac{1}{2}$ . 5% Türk. de 1865 16%. 5% fundirte Amerikaner 107. Österreich. Silberrente —. Österreich. Papierrente —. Ungar. Goldrente 102 $\frac{1}{2}$ . Österreich. Goldrente 82 $\frac{1}{4}$ . Spanier 24. 6% unif. Ägypter 76 $\frac{1}{2}$ . Silber —. Wechselnotrungen: Deutsche Plätze 20,65. Wien 11,85. Paris 25,47. Petersburg 23%. Plakdiskont 1 $\frac{1}{4}$  %.

London, 26. Mai. Bankausweis. Totalreserve 15 369 000, Notenumlauf 26 334 000, Baarvorrat 25 953 000, Portefeuille 19 180 000, Guthaben der Privaten 25 416 000, Guthaben d. Staats 7 125 000, Notenreserven 14 057 000, Regierungssicherheit 15 876 000 Pf. Sterl.

Glasgow, 25. Mai. Höhehen. Wrices numvers warrants 45 sh 6 d.

Newyork, 25. Mai. (Schluß-Course.) Wechsel auf Berlin 94 $\frac{1}{2}$ . Wechsel auf London 4,83 $\frac{1}{2}$ . Wechsel auf Paris 5,20. 5 $\frac{1}{2}$  fundirte Anleihe 104 $\frac{1}{2}$ . 4 $\frac{1}{2}$  fundirte Anleihe von 1877 117 $\frac{1}{2}$ . Erie-Bahn 50 $\frac{1}{2}$  Central-Pacific 117 $\frac{1}{2}$ . Newyork-Centralbahn 151 $\frac{1}{2}$ . Chicago-Eisenbahn 145. — Waaren-Bericht. Baumwolle in Newyork 10%, do. in New-Orleans 10%. Petroleum in Newyork 8 Gd., do. in Philadelphia 7 $\frac{1}{2}$  Gd., rohes Petroleum 6 $\frac{1}{2}$ , do. Pipe line Certificats — D. 82 O. Wehl 4 D. 60 O. Rother Winterweizen 1 D. 27 O. Weizen  $\frac{7}{8}$  laufenden Monat 1 D. 27 C, do.  $\frac{7}{8}$  Juni 1 D. 26 $\frac{1}{2}$  C,  $\frac{7}{8}$  Juli 1 D. 24 $\frac{1}{2}$  C. — Wats (old mixed) 58. Buder (fair refining Muscovados) 7 $\frac{1}{2}$ , Kaffee (Riv.) 10 $\frac{1}{2}$ . Schmalz (Markt Wilcox) 11 $\frac{1}{2}$ , do. Fairbanks 11 $\frac{1}{2}$ , do. Rohe u. Brothers 11 $\frac{1}{2}$ . Spec (short clear) 9 $\frac{1}{2}$  C. Getreidefracht 4 $\frac{1}{2}$ .

| Meteorologische Depesche vom 25. Mai. |           |         |           |    |      |  |
|---------------------------------------|-----------|---------|-----------|----|------|--|
| Barometer.                            | Wind.     | Wetter. | Temp.     | C. | Bem. |  |
| Mullaghmore . . .                     | 760 O     | 5       | halb bed. | 12 |      |  |
| Aberdeen . . .                        | 765 ONO   | 3       | heiter    | 13 |      |  |
| Christiansund . . .                   | —         | —       | —         | —  |      |  |
| Kopenhagen . . .                      | 767 O     | 2       | wolkig    | 13 |      |  |
| Stockholm . . .                       | 770 SW    | 2       | wolkenlos | 20 |      |  |
| Haparanda . . .                       | 768 N     | 2       | bedeckt   | 7  |      |  |
| Petersburg . . .                      | —         | —       | —         | —  |      |  |
| Moskau . . .                          | —         | —       | —         | —  |      |  |
| Cork, Queenstown .                    | 718 OSO   | 5       | heiter    | 14 | 1)   |  |
| Brest . . .                           | 755 still | —       | bedeckt   | 14 |      |  |
| Helder . . .                          | 761 O     | 1       | halb bed. | 14 |      |  |
| Sylt . . .                            | 765 OSO   | 4       | heiter    | 16 |      |  |
| Hamburg . . .                         | 764 ONO   | 2       | bedeckt   | 15 | 2)   |  |
| Swinemünde . . .                      | 766 NO    | 2       | heiter    | 12 | 3)   |  |
| Neufahrwasser .                       | 767 N     | 2       | heiter    | 14 |      |  |
| Memel . . .                           | 768 ONO   | 3       | wolkenlos | 18 |      |  |
| Paris . . .                           | 757 NO    | 1       | heiter    | 13 |      |  |
| Münster . . .                         | 761 OSO   | 4       | halb bed. | 15 |      |  |
| Karlsruhe . . .                       | 761 NO    | 2       | heiter    | 17 |      |  |
| Wiesbaden . . .                       | 768 O     | 3       | wolkenlos | 16 |      |  |
| München . . .                         | 763 SO    | 1       | Dunst     | 10 |      |  |
| Leipzig . . .                         | 763 ONO   | 3       | bedeckt   | 16 | 4)   |  |
| Berlin . . .                          | 764 O     | 1       | heiter    | 19 |      |  |
| Wien . . .                            | 761 still | —       | Regen     | 14 |      |  |
| Breslau . . .                         | 763 O     | 2       | bedeckt   | 17 |      |  |
| Ile d'Aix . . .                       | 756 SW    | 4       | bedeckt   | 16 |      |  |
| Nizza . . .                           | 762 N     | 1       | wolkig    | 19 |      |  |
| Triest . . .                          | 762 still | —       | wolkenlos | 15 |      |  |

Sped (short clear) 9 $\frac{1}{4}$  C. Ge

**Productenmärkte.**

Königsberg, 25. Mai. (v. Portatius u. Grotte)  
 Weizen  $\varnothing$  1000 Kilo hochbunter 114*fl* 183,50. 123*fl*  
 201,75 M., rother Sommer; 130*fl* 208,25 M. russ. 108*fl*  
 174 M. bez. — Roggen  $\varnothing$  1000 Kilo inländischer 119/20*fl*  
 195. 122/3*fl* 197,50 M. bez. russ. ab Bahn 112*fl* mit

Fremd

Walters Hotel. v. Gerlach und Gemahlin a.  
Miloschewo, Lesse und Gemahlin a. Tockar, Ritterguts-  
besitzer. Bötsch a. Leipzig, Reinsch a. Berlin, Beger a.  
Leipzig, Vogel a. Orlschau, Merten a. Danzig, Kaufleute.  
Hotel du Nord. Poll nebst Gemahlin a. Labun,  
Rittergutsbesitzer. Gabel a. Graudenz, Jacobi a. Berlin,  
Huth a. Berlin, Schwemer a. Greiz, Krongold a.

<sup>1</sup> Verantwortliche Redaktion der Zeitung, mit Auschluss der folgenden besondern bezeichneten Theile: H. Rödner, für den lokalen und provin-  
ciellen Theil die Handels- und Schiffssachnachrichten; A. Klein, für den

zellen Theil die Handels- und Schiffahrtswertheit. d. d. ist, für den  
Inseratentheil: A. W. Kastemann, alle in Danzig.

